



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-83
Fernschreiber 039 890

P/X/282 - 7. 12. 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kampf um die Zollermächtigung Erhards	S. 1
Nach der Auflösung des französischen Parlaments	S. 3
Technische Kontakte und was sie bedeuten	S. 5
Zur britischen Erklärung in der Berlin-Frage	S. 7

Interessentenkrieg um die Zölle

-x. Am Donnerstag, dem 8. 12. wird dieser Interessentenkrieg im Bundestag seinen Höhepunkt haben, Durch einen Teil der Presse lief schon die bestimmt gehaltene Meldung, die Zollsenkungen träten am 10. Dezember bereits in Kraft. Das ist höchst unwahrscheinlich, denn erstens steht nicht einmal fest, ob das Plenum des Bundestages den sozialdemokratischen Anträgen zustimmen wird - und wenn ja, in welchem Umfang - zweitens muss auch der Bundesrat am 21. Dezember noch seine Zustimmung erteilen und schliesslich hält man es für unzweckmässig, diesen Zollsenkungen rückwirkende Kraft zu verleihen.

Nach dem was bis jetzt bekannt ist, haben die sozialdemokratischen Anträge auf Zollsenkung kaum noch die Wirkung, das Freisklima zu dämpfen. Diese Anträge sollten den Bundeswirtschaftsminister a) generell ermächtigen, die Zölle als Mittel der Konjunkturpolitik zu handhaben und b) speziell übersetzte Preise, z.B. auf dem Baumarkt, bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln (Landmaschinen, Düngemittel) und besonders auf dem Ernährungssektor durch Zollsenkungen zu bekämpfen. Auf der Berliner Sitzung des Bundestages wurden diese Anträge mit etlichen anderen einstimmig den Ausschüssen überwiesen. Das Spiel hinter den Kulissen begann.

Die mit diesen Anträgen befassten Ausschüsse - federführend der Ausschuss für Wirtschaftspolitik und weiter die Ausschüsse Finanzen und Steuern und Aussenhandel - wurden wie immer reichlich mit Gutachten,

7. 12. 1955

Protesten, Stellungnahmen usw. zuge deckt. Da rangen das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium und das Ernährungsministerium um die Zuständigkeit für Zölle. Für Zollsensungen plädierten Verbraucherverbände, Gewerkschaften und sogar die Landwirtschaft, soweit es sich um ihre "sächlichen Betriebsmittel" handelt. Die Landwirtschaft war allerdings sehr dagegen, dass auch verbilligte Nahrungsmittel eingeführt werden sollten, Gegen Zollsensung für Landmaschinen, Baumaschinen und "Üngemittel protestierte wiederum die Industrie. Der Bundesverband der Industrie (BdI) und der Industrie- und Handelstag protestierten grundsätzlich gegen die Verwendung von Zöllen als Instrumente der Konjunkturpolitik, da sie reine Mittel der Handelspolitik seien.

So gab es ein tolles Tauziehen um den Vorrang der Gruppeninteressen vor der allgemeinen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Der Verantwortliche für die Wirtschaftspolitik jedoch, Prof. Erhard, der in seiner grossen Gesundbeterkampagne um ein Masshalten in der Preis- und Lohnpolitik gerungen und notfalls zollpolitische Massnahmen zur Dämpfung der Preisüberhitzung angedroht hatte, entzog sich jeglicher Diskussion und Mitverantwortung durch Reisen nach Italien und Afrika.

So ist den Interessenten gelungen, den sozialdemokratischen Anträgen zum Teil die Spitze abzubiegen. Höchstwahrscheinlich wird der Bundeswirtschaftsminister keine generelle Vollmacht zur Zollsensung erhalten. Sein Verhalten stützt die Vermutung, dass er sie, trotz lauter Forderung, auch gar nicht gewollt hat. Auch der generellen gesetzlichen Zollsensung ist durch zeitliche Beschränkung (bis 30.6.56) weitgehend die Schärfe genommen. Es wird industriellen Auslandskonkurrenten kaum zweckmässig erscheinen, für diese kurze Frist Verkaufsbüros und Ersatzteillager in Deutschland anzulegen. Auf dem Baumarkt ist z.Zt. sowieso Flaute und ebenso im Landmaschinenabsatz. Schliesslich kommen die Zollsensungen für Lebensmittel zu Weihnachten zu spät, abgesehen davon, dass man zum Beispiel Wild und Schlachtgeflügel, Trockenfrüchte usw. sowieso aus dem Senkungsprogramm strich, um billige Einfuhren zu Weihnachten unmöglich zu machen und um die Fleischpreise hoch zu halten.

Die Interessentenverbände haben anscheinend wieder einmal gesiegt. Der Bundestag wird die generelle Ermächtigung Erhards, unter Hinweis auf die schnelle Erledigung spezieller Zollsensungsanträge, kaum erteilen. Damit hätte er ein zweites Mal in einem Jahr einen direkten Einfluss auf das Preisklima und die Konjunkturentwicklung abgelehnt. Es bleibt dann nur zu fragen, warum er sich in Berlin überhaupt mit der Konjunkturdebatte aufgehalten hat.

Man mag die Berechtigung unserer skeptischen Prognose in Zweifel ziehen. Es käme uns um der Sache willen sehr gelegen, wenn der Bundestag durch andere Entscheidung unsere Skepsis widerlegte.

Volksfront in Frankreich?

b.v.-Paris

Nachdem in der vorigen Woche die Regierung Edgar Faure mit Mitteln, die von einem bedeutenden Teil der Öffentlichkeit abgelehnt wurden, die Auflösung des Parlaments erreicht hat, ergeben sich für die kommenden Wahlen einige beunruhigende Aussichten. Die Wahlen werden am 2. Januar, also an einem Montag, stattfinden. Der um eine Entscheidung ersuchte Staatsrat hat das von der Regierung vorgeschlagene Datum, den Neujahrstag, abgelehnt.

Von vornherein war klar, dass, ob es regnet, schneit oder Stein und Bein friert, die Gefolgschaft der extremen Rechten und Linken pünktlich an den Wahlurnen erscheinen werden. Auch der Neujahrstag hätte sie nicht gestört. Die Mitte hingegen, zu denen bei der französischen Konstellation auch die Sozialistische Partei zu zählen ist, hätte so manchen Wahlberechtigten vergeblich erwartet. Die Entscheidung des Staatsrates hat diese Gefahr abgewendet.

Zwei andere Gefahren aber bleiben bestehen. Sie ergeben sich aus der von der Regierung ("Betrügen ist nicht regieren", überschrieb die Zeitung Le Monde ihren Kommentar) gewünschten, von der Mehrheit beider Kammern mehrfach abgelehnten Listenverbindungs Wahl. Auch das letzte Parlament war nach diesem unstrittenen System gewählt worden. Dennoch eroberten damals die Sozialisten 105 Kammersitze und wurden damit die stärkste Partei der Nationalversammlung. Seit 1952 jedoch haben sich die Verhältnisse in mancher Hinsicht geändert.

Rechtsschwenkung der Partei Schumans

Sie haben sich vor allem dadurch geändert, dass heute die "Gemäßigten", d.h. die Rechte, nicht nur enge Listenverbindungen zwischen ihren einzelnen Gruppen durchführen, sondern dass auch die katholischen Volksrepublikaner, bisher als Partei der Mitte gewertet, eine deutliche Rechtsschwenkung vorgenommen haben. Unter solchen Umständen muss damit gerechnet werden, dass sich die Sozialisten zwar in einigen Departements mit anderen Mittelparteien verbünden werden, dass sie

aber trotz des Beschlusses des Nationalrates der IFIO , keine Listenverbindungen mit den Kommunisten einzugehen, in anderen Departements sich daran nicht halten werden.

Kommentatoren der Mittelparteien sind davon überzeugt, dass die damit verbundenen Gefahren von den jetzigen Regierungsgruppen zwar nicht unterschätzt werden, dass sie ihnen aber gleichgültig sind. Das Ziel sei nicht, so wird erklärt, ein Zurückdrängen extremistischer Parteien auf der Linken und der Rechten. Vielmehr sei das Ziel die Aufreibung der Mitte, zu der sich die Volksrepublikaner nicht mehr zählen. Einer solchen Kommentierung lässt sich tatsächlich nicht viel entgegenthalten, denn der Hauptkampf innerhalb des letzten Parlaments wurde von der Rechten und den Volkerepublikanern beinahe ausschliesslich gegen die "Reformisten" geführt, deren lautester Wortführer, Mendès-France, es erreichte, dass Ministerpräsident Edgar Faure jetzt aus der Radikalen Partei ausgeschlossen wurde.

Spaltung der Radikalsozialisten?

Man darf sicher sein, dass der äusserst wendige einstige Freund von Mendès-France für diesen Ausschluss süsse Rache zu nehmen gedenkt. Hinter Mendès-France steht durchaus nicht die gesamte Radikale Partei, so dass es Faure gelingen kann, die Partei aufzuspalten und dadurch zu dezimieren. Zwar dürften sich die Radikalen in etlichen Departements mit den Sozialisten verbünden. Sind die Sozialisten jedoch genötigt, sich in anderen Departements mit der KP zu gehen, so wird es der Rechten nicht allzu schwer fallen, die Behauptung aufzustellen, beide - Sozialisten und Radikale - streben eine Volksfront an, in der notwendigerweise der kommunistische Einfluss gewaltig sein würde.

Alles dies wurde bereits vor der Auflösung des Parlaments als vermutliche Folge der Kraftanstrengung der Regierung vorausgesagt, ohne dass die Voraussage die Entschliessungen der Mehrheit des Kabinetts beeinflusste. Denn abgesehen davon, dass das Hauptziel die Dezimierung der "Reformisten" war, die in allen Mittelparteien vertreten sind, war die Auflösung mit ihren vermutlichen Konsequenzen eine kalte Rache der Volksrepublikaner an denen, die als verantwortlich für die Niederlage der EVG-Anhänger gelten. Zum grossen Teil

sind diese Gruppen und Individuen identisch mit den "Reformisten", und der Hauptschuldige am "Platzen" der Brüsseler Konferenz, auf der die EVG zu Grabe getragen wurde, war eben Mendès-France.

Die Gefahren für die Mitte

Nichts könnte der Rechten grössere Freude bereiten, als eine Situation zu schaffen, in der die "Reformisten" entweder genötigt sind, sich durch die Zugehörigkeit zu einer Art Volksfront zu kompromittieren, oder aber in der Mühle des Wahlkampfes zerrieben werden. Eine Volksfront auf der Linken - und sei es nur eine teilweise funktionierende - und Listenverbindungen zwischen der Rechten und den Volkrepublikanern auf der Rechten, wären die zwei Mühlsteine, die solche Arbeit vollenden könnten. Gerade dies aber ist die grosse Sorge weiter Volksteile. Wenn die reformistisch eingestellten bürgerlichen Parteien zu Grüppchen zusammenschmelzen, würden die Sozialisten vielleicht bei künftigen Abstimmungen mit der KP gemeinsame Sache machen. Dann wäre die Gefahr gegeben, dass eine echte Volksfront entsteht, der auf der anderen Seite ein Block gegenüberstände, in dem die betont rechts Eingestellten das Übergewicht hätten. Freilich gibt es noch eine Alternative, nämlich die, dass das neue Parlament nicht viel anders aussehen wird als das vorige - so dass man sich dann fragen wird, wozu der ganze Machtkampf eigentlich ausgetragen wurde.

+ + +

Flussregulierung erzwang Zusammenarbeit

R. A., Lübeck

Die Opposition hat sich im Bundestag wiederholt für die Intensivierung technischer Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der Ostzone ausgesprochen. Sie tat das, um der Bevölkerung in der Zone den Alltag zu erleichtern und das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Deutschen von hüten und drüben zu behalten und zu stärken. Das alles beinhaltet natürlich keine Anerkennung der Pankower Machthaber, die von der Bevölkerung in der Zone niemals frei gewählt worden wären.

Wie derartige Kontakte aussehen können, beweist die seit vielen Monaten laufende Flussregulierung an der schleswig-holsteinisch-mecklenburgischen Zonengrenze im Raum Ratzeburg - Mölln - Büchen - Lauenburg. Rund 1500 Hektar Ackerland beiderseits des "Todesstreifen" der

Volkspolizei versumpften, weil die Grenzwasserläufe seit 1945 nicht reguliert werden konnten. Die rein sachliche Arbeit mit dem Ziel einer Landverbesserung zum Vorteil der Zonengrenzbevölkerung war^{es}, die hier "technische Kontakte auf unterer Ebene" herbeiführte. Es ist bisher die einzige gemeinsame Arbeit zur Landverbesserung entlang der Zonengrenze zwischen Lübeck und Hof.

Zuerst versuchten es die ostzonalen Behörden der Landkreise Gedenbusch und Hagenow in diesem Frühjahr natürlich mit politischer Propaganda. Das führte zu Verschnüpfungen auf schleswig-holsteinischer Seite. Da aber die Sache drängte, waren die Landräte "von drüben" bereit, sich ohne Politik zu arrangieren. Es kam zu einer Vereinbarung über ein Objekt von etwa 500 000 DM, ohne dass noch irgend jemand über gegenseitige politische Anerkennung sprach.

Inzwischen ist der Grenzfluss Stecknitz in gemeinsamer Arbeit in einer Länge von 6,5 km ausgebaggert und gesäubert worden. Weitere 6,1 km sind noch in Ordnung zu bringen, um die Versumpfung von den Äckern abzuwenden. Für dieses Objekt beschaffte der Kreis Herzogtum Lauenburg auf Grund der Vereinbarung einen Saugbagger für 22 000 DM, während der volkseigene Betrieb "Wasserwirtschaft Sude-Elbe" mit Sitz in Ludwigslust in Mecklenburg die Arbeitskräfte stellte.

Eine weitere Vereinbarung betraf die Regulierung des Grenzflusses Boitze auf einer Länge von 6,2 km. Auf ostzonaler Seite ist das gleiche volkseigene Unternehmen beteiligt, während von westdeutscher Seite der "Lauenburgische Wasser- und Bodenverband Kleinzecher-Marienstedt" Partner ist. Dieses Entwässerungsprojekt kostet 320 000 DM, die je zur Hälfte "von hüben und drüben" getragen werden. Dabei wurde in reibungsloser Zusammenarbeit auch ein neues Pumpwerk bei Marienstedt errichtet.

Für ein weiteres Objekt, die Räumung stark versumpfter Zonengrenzgräben, welche hundert Hektar Land überwiegend von der ostzonalen Seite her entwässern, kamen aus dem Bundeshaushalt zusätzlich Zonenrandmittel in Höhe von 3 500 DM. Die gesamten Arbeiten sollen im Januar abgeschlossen werden. Sie ermöglichen es, dass rund 1 500 Hektar Ackerland, wovon ungefähr 800 Hektar in Mecklenburg liegen, wieder normale Ernten bringen können und nicht weiter das Sorgenkind schwer arbeitender Landarbeiter und Bauern sind.

Ein folgenschweres Versäumnis

sp. Die Erklärung eines Sprechers des britischen Außenministeriums, die britische Regierung habe schon im Oktober einem sowjet-russischen Vorschlag, die Ausgabe der Fahrterlaubnisscheine für den Interzonenschiffsverkehr den sowjetzonalen Behörden zu übertragen, zugestimmt, kam für die deutsche Öffentlichkeit überraschend. In dieser Zustimmung liegt die Gefahr der Annahme der russischen These von der Existenz zweier deutscher Staaten und damit auch die Übernahme von Verpflichtungen, die bisher Grossbritannien und die Sowjetunion trugen, auf Bonn und Pankow. Der Verkehr auf dem Wasserwege zwischen der Bundesrepublik und Berlin war bisher in zweiseitigen Abkommen zwischen den sowjetischen und britischen Behörden im Rahmen von Viermächte-Verabredungen aus dem Jahr 1946 geregelt. Diese Regelung hatte auch nach der Aufhebung der Blockade von Berlin Gültigkeit. Im Oktober dieses Jahres übertrugen die russischen Behörden in Verfolgung ihrer Politik, die Position Pankows zu stärken, die Ausstellung von Genehmigungen an die ostzonalen Stellen, eine Massnahme, mit der sich die britische Regierung, wie man erfährt, einverstanden erklärte.

Hier beginnt nun eine Serie von Merkwürdigkeiten und Unklarheiten. Die britischen Stellen setzten von der Übertragung ihrer bisherigen Befugnisse auf deutsche Behörden Bonn in Kenntnis. Ob vor oder nach der Genfer Konferenz, das ging leider aus den Mitteilungen eines hartbedrängten Regierungssprechers nicht hervor, auch nicht, ob die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit oder nur das Außenministerium in dieser für die Versorgung von Berlin so lebenswichtigen Frage nur informiert oder konsultiert worden war. Noch merkwürdiger ist jedoch die Tatsache, dass die Bundesregierung, bzw. das Außenministerium, von diesem folgenschweren britischen Schritt die deutsche Öffentlichkeit nicht unterrichtete. Sie unterliess es auch, durch entsprechende Rückfragen bei den britischen Behörden, sich zu erkundigen, welche sowjetzonalen Stellen die Befugnisse der sowjetischen Behörden übernommen haben.

War sich Bonn, als es seine Zustimmung zu diesem britischen Schritt erteilte, auch über seine Bedeutung und Konsequenz klar? Die Verwirrung, die das Verlangen Pankows, nun in direkten Verhandlungen alle den Schiffsverkehr nach Berlin betreffenden Fragen zu lösen, im Kabinett ausgelöst hat, ist wohl der klarste Ausdruck der Unsicherheit über die zu begehenden Wege.

Mit jedem Tag wird es immer mehr offenbar, wie gründlich sich das Versäumnis der Regierung rächt, in Genf nicht darauf gedrängt zu haben, dass die vier Mächte durch ein Rahmenabkommen die Möglichkeiten der Intensivierung technischer Kontakte absteckten. Richtungweisende sozialdemokratische Vorschläge in dieser Frage wurden in den Wind geschlagen. Man vertraute allzu stark der Identität unserer Interessen mit denen des Westens und muss nun erleben, dass die Besatzungsmächte eben andere Massstäbe als jene von Bonn haben. Das Verhalten Grossbritanniens, dem sicherlich kein Vorwurf zu machen ist, zwingt geradezu zur Schlussfolgerung, dass das offizielle Bonn mehr Phantasie aufwenden muss, von sich aus Mittel und Wege zu finden, um ein Höchstmass von innerdeutschem Zusammenwirken zu erreichen, ohne dass es zur Anerkennung von Pankow führt. Diese Aufgabe nimmt uns niemand ab.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau